

Bröhr: Keine zusätzlichen Windkraftflächen

Landesplanung Kreis lehnt Ausweisung von Potenzialgebieten für 150 weitere Räder ab - Antrag an die Planungsgemeinschaft

Von unserem Chefreporter
Volker Boch

■ **Rhein-Hunsrück.** Der Rhein-Hunsrück-Kreis soll keine weiteren Windkraftflächen ausweisen. Dies ist die deutliche Botschaft des neuen Landrats Marlon Bröhr. Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte Bröhr einen Antrag vor, den der Kreis bei der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald einbringt. Damit soll die Ausweisung von 800 Hektar zusätzlicher Windkraftfläche für 150 weitere Energieanlagen verhindert werden.

„Es kommt der Punkt, da muss man zusammen den Mund aufmachen und sagen: Es reicht!“, erklärt Marlon Bröhr unmissverständlich. An einem langen Tisch im Sitzungsaal des Kreishauses sitzen an diesem Freitagmittag neben ihm die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Emmelshausen, Kastellaun, Kirchberg, Rheinböllen und Simmern sowie der Stadt Boppard. Seit geraumer Zeit erleben sie eine Diskussion in den Gemeinden, die eine Zerrissenheit der Bevölkerung beschreibt. Die einen freuen sich über die Windräder, weil sie hohe kommunale Einnahmen garantieren und damit die Energiewende Schwung bekommt, die anderen schimpfen über landschaftliche Beeinträchtigungen und ein Absinken der Lebensqualität, viele befinden sich irgendwo dazwischen.

Zuletzt gab es ein Aufhorchen, als bekannt wurde, dass der vom Land geforderte neue Regionale Raumordnungsplan massive Folgen für den Kreis haben dürfte. Bereits im vergangenen Sommer war dies



Sie leben gern im Rhein-Hunsrück-Kreis und wollen die Region als politisch Verantwortliche vor zu vielen weiteren Windrädern schützen: Peter Unkel, Walter Bersch, Michael Boos, Marlon Bröhr, Arno Imig, Christian Keimer und Harald Rosenbaum (von links).

Foto: Werner Dupuis

klar geworden, als die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald ihre Windkraftplanung konkret vorgestellt hatte – Proteste waren zunächst ausgeblieben.

Um das vom Land vorgegebene Ziel zu schaffen, mindestens 2 Prozent der Flächenkulisse für den Ausbau der Windkraft bereit zu stellen, hatte ein externes Büro der Planungsgemeinschaft einige neue Windkraftflächen in den Entwurf geschrieben. Insgesamt wird die Planungsgemeinschaft die 2 Prozent zwar dennoch nicht erreichen,

aber dort, wo es machbar erschien, kamen Flächen plötzlich außerhalb bestehender Flächennutzungspläne hinzu – gerade im Rhein-Hunsrück-Kreis. „Wenn es ganz schlecht lief“, sagt Bröhr, „wären es weitere 150 Anlagen.“

Derzeit sind 306 Anlagen im Kreis beantragt, genehmigt oder bereits am Netz. „Wir wollen keine neuen Flächen dazu“, sagt Bröhr klar. Es ist eine deutliche Absage an die bisherige Vorlage der Regionengemeinschaft, die in anderen Kreisen einen deutlich geringeren

Ausbauzustand bei der Windkraft aufweist. Die Entscheidung, im Rhein-Hunsrück-Kreis weitere Flächen auszuweisen, sei „andernorts“ gefallen, sagt Bröhr, der damit keine Schuldzuweisungen vornimmt, sondern lediglich darauf hinweist, dass die Haltung in „seiner“ Region eine andere ist.

In Vorgesprächen mit dem leitenden Planer der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, Martin Kittelberger, hat Bröhr die Position des Kreises bereits deutlich gemacht. Parallel zur Pres-

sekonferenz im Kreishaus hat der Kreis nun einen Antrag für die nächste und regionalplanerisch wohl sehr entscheidende Sitzung der Gemeinschaft am 21. Juli versandt. Der Antrag ist inhaltlich fundiert begründet und in der Aussage unmissverständlich: Aufgrund einer deutlichen Übererfüllung der 2-Prozent-Vorgabe des Landes und durchweg gemachter Hausaufgaben in Form von Flächennutzungsplänen soll die Planungsgemeinschaft im Kreis wie in anderen Regionen, in denen der Flächenbedarf von 2 Prozent erfüllt ist, keine zusätzlichen Flächen in die Planung bringen. „Wir gehen alle davon aus, dass wir unseren Beitrag geleistet haben“, sagt Bröhr mit Zustimmung der Verbandsgemeinden. „Nur jemand, der blind ist, könnte eine andere Auffassung vertreten.“ Der Kirchberger VG-Chef Harald Rosenbaum ergänzt: „Wir haben die Beschlüsse in unseren Räten, dass wir neue Flächen nicht wollen.“

Falls die Planungsgemeinschaft dem Ansinnen des Kreises Rechnung trägt, könnte dies ein gewisses Problem für die Ziele der Landesregierung darstellen. Im Interview mit unserer Zeitung hatte Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) zuletzt erklärt, dass 1000 weitere Windräder im Land kein Problem seien. Falls die Potenzialfläche für 150 zusätzliche Räder im Kreis entfiel, könnte dies das gesteckte Ziel der Landesregierung verändern. Ob die Ministerin als Chefin der obersten Planungsbehörde einem Regionalplan ohne diese Flächen ihr Vertrauen schenkt, ist offen.